

Ein Kurswechsel ist nötig

Autor(en): **Baumann, Hans / Pedrina, Vasco / Schäppi, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 2: **50 Jahre Arbeitsfrieden**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584156>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

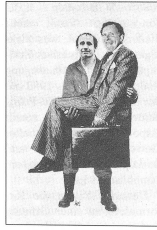
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Foto: W. Erb



HANS BAUMANN
VASCO PEDRINA
HANS SCHÄPPI

Ein Kurswechsel ist nötig

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir als GewerkschafterInnen in der heutigen Situation wenig Grund haben, 50 Jahre Arbeitsfrieden zu feiern, sondern genügend Anlass besteht, die gewerkschaftlichen Ziele und Strategien intensiv zu diskutieren. Schwierigkeiten und Probleme sind da. Sie sollen uns allerdings nicht resignieren lassen, sondern wachütteln. Sie sind nicht unüberwindbar, wenn es uns gelingt, unsere Identität als GewerkschafterInnen, unsere Ziele, unsere Aktionsformen und Strukturen neu zu definieren und einen Zukunftsentwurf zu erarbeiten, der die aktiven und fortschrittlichen GewerkschafterInnen zu sammeln und zu mobilisieren vermag. In einem solchen Entwurf für eine alternative solidarische gesellschaftliche

Entwicklung müsste konsequent der Kampf für die Lebensqualität, d. h. das Recht auf eine sinnvolle Arbeit, der Schutz der Gesundheit und der natürlichen Umwelt und der Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in den Vordergrund gestellt werden.

So muss die Gewerkschaftsbewegung insbesondere patriarchalischen Zuständen in der Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in den eigenen Reihen, energisch entgegenreten. Nur eine Bewegung, welche auch zu einem Sammelort für Frauen wird, kann die Glaubwürdigkeit und den Rückhalt für eine grundlegende Kursänderung finden.

Nützliche Elemente für die Definition eines solchen Entwurfes finden wir im Beschäftigungsprogramm der GBH, im Schwerpunktprogramm der GTCP sowie im Frauenprogramm des VPOD. Es ist jedoch notwendig, weitere Überlegungen anzuregen und die Diskussion zur Erarbeitung einer Antwort auf die neokonservative und neoliberale Offensive voranzutreiben.

Damit stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaften heute nach 50 Jahren Sozialpartnerschaft wieder zu Trägern alternativer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Konzepte werden, welche die ökologische Frage, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die zunehmende «technologische» Ausgrenzung eines Teils der ArbeitnehmerInnen miteinbeziehen? In welche Richtung müssten diese gehen und welche Voraussetzungen zur Durchsetzung echter, längerfristiger Reformen müssten gegeben sein?

Radikale Arbeitszeitverkürzung
Grundsätzlich muss das Recht auf Arbeit weiterhin



STFV-Marsch auf Bern, 15. Juni 1956

Foto: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung

angestrebt und erkämpft werden. Voraussetzung dafür ist eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf alle durch eine *radikale Arbeitszeitverkürzung*. Das Recht auf diese Normalarbeitszeit würde auch die Schutzfunktion des Normalarbeitstages aufrecht erhalten. Letzteres ist wichtig als Gegenstrategie gegen die von den Unternehmern verlangte Flexibilisierung von Arbeitszeit und Löhnen.

Sinnvolle Arbeit

Die Einbeziehung der ökologischen Frage bedingt die Erweiterung des Rechts auf Arbeit auf das *Recht auf sinnvolle Arbeit*. Eine solche Vollbeschäftigung des «neuen Typs» schliesst den *notwendigen, ökologischen Umbau der Wirtschaft* mit ein und bedeutet, dass sich die Gewerkschaften noch vermehrt mit möglichen Alternativen in der Produktion im Sinne von Gebrauchswertproduktion auseinandersetzen müssen.

Dies führt unweigerlich zur schwierigen Frage, welche technologischen Entwicklungsoptionen in Zukunft anzustreben sind und welche Position der Schweiz im internationalen Wettbewerb der Industrieländer und im Warenaustausch mit der Dritten Welt zukommen soll. Auch hier müssten die Gewerkschaften eine Position entwickeln, welche sich jenseits der von der Kapitalseite gewünschten, bedingungslosen Technologieförderung und dem Ausbau der internationalen Wettbewerbsposition bewegt.

Technologie-Abwehr

Ein weiterer Bereich, wo neue Vorstösse von gewerkschaftlicher Seite dringend notwendig sind, betrifft die Einführung neuer Technologien in den Betrieben, wo die Nutzung von Gestaltungsräumen im Interesse der Ar-

beitnehmerInnen im Vordergrund stehen. Möglichkeiten der Umschulung und der Weiterbildung während der Arbeitszeit sind für alle Beschäftigten zu verwirklichen. Betriebliche Initiativen in diese Richtung müssten gesamtwirtschaftlich von neuen Vorstellungen über die Demokratisierung der Wirtschaft begleitet sein.

Soziales Netz ausbauen

Schliesslich sei die Ebene der *Sozialpolitik* erwähnt. Auch hier gilt es, nicht nur die bestehenden Sozialversicherungen gegen Angriffe energisch zu verteidigen, sondern auch neue Modelle zur Diskussion zu stellen. Zu denken ist hier an ein neues System der finanziellen Mindestsicherung für Arbeitslose, Teilarbeitslose, frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene und solche Personen, die gesellschaftlich wertvolle aber unbezahlte Aufgaben erfüllen. Eine solche finanzielle Mindestsicherung müsste in eine Beschäftigungspolitik eingebettet und dürfte nicht ein Ersatz hierfür sein (diese Gefahr scheint uns bei verschiedenen Vorschlägen von grüner Seite zum sogenannten garantierten Mindesteinkommen vorhanden zu sein). Zu solchen neuen sozialpolitischen Modellen gehören auch entsprechende Finanzierungsvorschläge, die zusätzlich neue, von der Lohnsumme unabhängige Finanzierungsquellen berücksichtigen (z. B. eine Wertschöpfungssteuer).

Gewerkschaften – eine Bewegung für breite Schichten

Neue Initiativen in dieser Richtung wären auch im Zusammenhang mit den Strukturproblemen der meisten Gewerkschaften wichtig: sie würden alle Arbeitnehmer und auch Teile der nicht im Erwerbsektor tätigen Perso-

nen betreffen. Die Gewerkschaften könnten damit das schwindende Rekrutierungsfeld wieder erweitern. Auch die Ausdehnung des Einflussbereiches der Gewerkschaften auf die Angestellten und den tertiären Sektor ist eher möglich, wenn die Gewerkschaften überzeugende Alternativen anzubieten haben, die über den von ihnen traditionell bearbeiteten Bereich der unmittelbaren Arbeitsumwelt hinausgehen (ohne diesen allerdings zu vernachlässigen).

Nur mit kämpferischer Gewerkschaftspolitik durchsetzbar

Schliesslich werden die neuen Ideen und neue, in die Zukunft weisende Konzepte nicht vom Himmel fallen. Sie werden vielmehr aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit hervorgehen, die allerdings im Sinne einer offensiven Gewerkschaftspolitik revidiert werden muss, wie gewisse Verbände damit bereits begonnen haben. Jüngstes und löblichstes Beispiel: der Aktionstag der GBH in der Westschweiz vom 25. März und die nationale Demonstration vom 2. Juli. Es hat aber in letzter Zeit auch andere gegeben: bei den Pöstlern, den ChemiearbeiterInnen und den Angestellten in den öffentlichen Diensten. Bei der Durchsetzung neuer, wirtschafts- und technologiepolitischer Vorstösse im Interesse der ArbeitnehmerInnen würden die «Unternehmerentscheide» wieder vermehrt in Frage gestellt. In einer solchen Gewerkschaftspolitik steckt damit zwangsläufig ein Konfliktpotential. Der Mobilisierungsbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaft werden deshalb in Zukunft eine immer wichtigere Funktion zukommen. Mobilisierungsfähigkeit bedeutet, dass grössere Transparenz in der

Bewegungsführung geschaffen wird: Die Mitglieder sollen uneingeschränkt in die Entscheidungen einbezogen werden, insbesondere wenn es um die Erneuerung von Gesamtarbeitsverträgen geht. Die Gewerkschaften müssen vermehrt wieder zu einem Ort des Erfahrungsaustausches und einer lebhaften Diskussion werden. Mobilisierung heisst aber auch, dass die ArbeitnehmerInnen auch bereit sind, wenn nötig mit Kampfmitteln für ihre Interessen einzustehen und die Gewerkschaften nicht nur auf «kollektives Betteln» am Verhandlungstisch angewiesen sind. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass der Wille zur Veränderung, zur Solidarität und zur Emanzipation vor allem durch die Erfahrung der gemeinsamen Aktion gestärkt wird. Eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung brauchen wir schliesslich auch, wenn wir unsere Pflicht zur internationalen Solidarität erfüllen wollen. Nur auf diese Weise können wir die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der ganzen Welt wirklich unterstützen.

In der heutigen Situation wird selbst die Verteidigung bestehender sozialer Errungenschaften wieder weitgehend von der Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften abhängen. Umso eher gilt, dass sich die Ideologie des unbeschränkten Arbeitsfriedens und echte Alternativvorschläge gegenseitig ausschliessen. Eine Neuorientierung der gewerkschaftlichen Politik wird sicher nicht harmonisch und konfliktfrei über die Bühne gehen. Deshalb müssen die Gewerkschaften, wollen sie die Zukunft mitgestalten, ihre während der langen Ära des Arbeitsfriedens verlorengegangene Konfliktfähigkeit zurückgewinnen.